

Krieg abschaffen – Frieden entwickeln

(Vortrag bei der Jahrestagung des Versöhnungsbundes am 29.05.2014)

Anlass für unser diesjähriges Tagungsthema ist die Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren und zeitgleich die –zunächst geistige- Gründung des Internationalen Versöhnungsbundes.

In Konstanz kamen damals vom 01. - 03. August 1914 90 Teilnehmer aus 12 Nationen und 30 verschiedenen Kirchen zu einer Konferenz zusammen, die noch etwas gegen den Krieg machen wollten.

Sie müssen damals Empfindungen durchlebt haben, wie sie uns aus den letzten Jahrzehnten auch nicht unbekannt sind:

- der Krieg beginnt, wir kommen zu spät, um ihn zu verhindern, wir sind zu wenige und haben keine Macht.

Die Erkenntnis der eigenen Ohnmacht angesichts eines übermächtigen politischen Geschehens ist aber nicht notwendig mit Resignation verbunden.

Die 90 Konferenzteilnehmer haben damals noch vor dem erzwungenen vorzeitigen Abbruch der Konferenz in einer Nachtsitzung den „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen“ gegründet, einen Vorläufer des Ökumenischen Rates der Kirchen. Auf dem Weg in die neutralen Niederlande haben sich die englischen Teilnehmer von ihrem deutschen Begleiter Friedrich Sigmund-Schulze auf dem Kölner Hauptbahnhof dann schließlich mit dem Versprechen verabschiedet, trotz des Krieges Freunde zu bleiben. Dieses Versprechen wurde zur Gründungsidee des Versöhnungsbundes.

Die wenigen Menschen des Konstanzer Treffens konnten zwar nichts mehr gegen den schon beginnenden Krieg unternehmen; sie haben aber noch vor dieser „europäischen Katastrophe“ schon an das gedacht, was danach nötig werden würde: die Re-Consiliation, das Wiederezusammenkommen, die Versöhnung als Heilung der gestörten Beziehungen und damit die Arbeit an den Ursachen jedes künftigen Krieges.

Wo sie zunächst nichts mehr machen konnten, haben sie wenigstens nicht mitgemacht: während des Ersten Weltkrieges haben etwa 600 englische Mitglieder des dann im Spätherbst gegründeten englischen Versöhnungsbundes den Kriegsdienst verweigert.

In Deutschland gestaltete sich der Anfang bescheidener:

Nur 3 Teilnehmer der Konstanzer Konferenz kamen aus Deutschland. Selbst Friedrich Sigmund-Schulze, der die Konferenz mit organisiert hatte und dann erst im Laufe des Krieges zum Gründer eines deutschen Zweiges des Versöhnungsbundes wurde, hat den „Aufruf an die Kulturwelt“ unterstützt, worin im Herbst 1914 93 berühmte Vertreter der deutschen Geisteselite den Einmarsch deutscher Truppen ins neutrale Belgien und den ganzen Krieg von deutscher Seite als „gerechte Sache“ vertreten haben. Wenn man diesen Aufruf heute liest, kann man sich zweimal

schämen – für den Text und für die von uns zumeist wegen ihres sonstigen Lebenswerkes geachteten Autoren und Unterzeichner.

Im Gegensatz zu England, wo es während des Ersten Weltkrieges ca. 16.000 Kriegsdienstverweigerer gab, in den USA nach deren Kriegseintritt 1917 sogar über 60.000, waren es in Deutschland nur wenige einzelne, die sich dem Krieg offen verweigerten. Der Gewaltverzicht hatte in Deutschland keine Tradition. Die friedenskirchlich orientierten Gruppen der Täufer und Brüderkirchen (Mennoniten und Brethren) waren schon bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts vertrieben worden und ausgewandert; die Quäker waren hier kaum vertreten. Zwar gab es neben den Sozialisten auch eine bürgerliche Friedensbewegung, insbesondere die 1892 gegründete „Deutsche Friedensgesellschaft“ (DFG), die sich um internationalen Ausgleich und eine Friedenspolitik bemühte, aber nicht an Kriegsdienstverweigerung dachte.

Im August 1914 erklärten die Vorsitzenden der DFG: „Über die Pflichten, die uns Friedensfreunden jetzt während des Krieges erwachsen, kann kein Zweifel bestehen. Wir deutschen Friedensfreunde haben stets das Recht und die Pflicht der nationalen Verteidigung anerkannt. Wir haben versucht zu tun, was in unseren schwachen Kräften war, gemeinsam mit unseren ausländischen Freunden, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Jetzt, da die Frage, ob Krieg oder Frieden, unserem Willen entrückt ist und unser Volk von Ost, Nord und West bedroht, sich in einem schicksalsschweren Kampf befindet, hat jeder deutsche Friedensfreund seine Pflichten gegenüber dem Vaterlande genau wie jeder andere Deutsche zu erfüllen.“

Bei den Sozialisten war es ähnlich: Die SPD rief zwar noch bis Juli 1914 zu großen Friedensdemonstrationen auf. Als dann der Krieg begann, bewilligte sie als stärkste Fraktion im Reichstag geschlossen die zur Kriegsführung nötigen Finanzmittel. Eine individuelle Kriegsdienstverweigerung war ihr fremd.

Zu den wenigen Verweigerern in Deutschland gehörte der Arzt Georg Friedrich Nicolai, der noch während des Krieges ein dickes Buch schrieb: „Die Biologie des Krieges – den Deutschen zur Besinnung“.

Der französische Schriftsteller Romain Rolland schrieb hierzu in seinem Geleitwort: „Während die christlichen Kirchen und auch der Sozialismus, denen doch ihrer Lehre und der Zahl ihrer Anhänger gemäß eine ungeheure Macht zukam, ohne weiteres und ohne Spur von Widerstand gemeinsame Sache mit dem Krieg gemacht haben, straft ein vereinzelter Denker, trotz Verurteilung und Gefangenschaft, das Schauspiel der entfesselten Unvernunft und Gewalttätigkeit mit überlegenem Spott.“

Im Gegensatz zum späteren Zweiten Weltkrieg gab es 1914 – 1918 keine Todesstrafen für Kriegsdienstverweigerer, aber nach Ende des Krieges musste Nicolai, ähnlich wie andere bekannte Pazifisten, aus Deutschland emigrieren, um der Ermordung durch rechtsnationale Gruppierungen zu entgehen.

I. Den Krieg abschaffen

1. Was ist der Krieg?

Die Rede vom „Krieg“ steckt voller Widersprüche: kaum jemand ist für den Krieg, doch findet sich keine Mehrheit, das Militär abzuschaffen und die Waffenproduktion zu verbieten.

Am 27.08.1928 kam es sogar zu einem „Vertrag über die Ächtung des Krieges“, den die große Mehrzahl aller damals bestehender Staaten unterschrieben hat. In diesem Vertrag heißt es mit beeindruckender Kürze: „Die Hohen Vertragsschließenden Parteien erklären feierlich im Namen ihrer Völker, dass sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten....“

Dennoch hat keiner der unterzeichnenden Staaten aufgehört zu rüsten, nur die offizielle Sprache und inhaltliche Begründung änderten sich: die Waffen blieben nötig zum Zwecke der Verteidigung gegen die jeweils andere Seite. Offiziell waren alle gegen den Krieg und gleichzeitig alle bereit, den nächsten vorzubereiten und dann auch zu führen.

Die verschleierte Sprache in Bezug auf den Krieg gilt bis heute: es ist die Rede von humanitären Interventionen, einer Schutzverantwortung, die Rolle des Militärs als internationaler Polizei – „just policing“.

Wann ungeachtet der sprachlichen Bezeichnung aber „Krieg“ geführt wird, folgt aus der Art der eingesetzten Waffen – die verwendeten Mittel bestimmen den Charakter des Unternehmens.

Dem Kriegswaffenkontrollgesetz ist eine ausführliche Liste aller auch so genannter „Kriegswaffen“ beigefügt. Wer Kriegswaffen benutzt, führt Krieg, auch wenn die Helme blau sind und die Waffenträger „Polizisten“ genannt werden. Auch Polizeiwaffen können verletzen und töten; zur Kriegsführung sind sie aber schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts nicht mehr geeignet.

Die Abschaffung des Krieges setzt im waffentechnischen Sinne also voraus, jede Herstellung, Anschaffung und Nutzung von Kriegswaffen zu beenden.

2 . Der Krieg in den Köpfen

Bevor der Krieg durch die Abrüstung von Kriegswaffen verhindert wird, muss aber die Bereitschaft zum Krieg in den Köpfen überwunden werden.

Der Krieg lebt nicht allein von Militär und Waffen, sondern lange vor jedem Kriegsbeginn von einer jeglichen Legitimation, die der Rüstung und dem Militär zugesprochen wird.

Das „Abschaffen“ des Krieges klingt, als ob es von oben her möglich sei, durch Verträge und Gesetze. Dauerhaft ist das aber nur von unten her möglich, indem die Menschen nicht mehr bereit sind, sich am Krieg und seiner Vorbereitung zu beteiligen.

In Abgrenzung zur bürgerlichen Friedensbewegung vor dem Ersten Weltkrieg schrieb der russische Schriftsteller Leo Tolstoi in einem seiner politischen Schriften: „Das Mittel zur Abschaffung des Krieges besteht darin, dass die Menschen, die den Krieg nicht brauchen, die eine Teilnahme am Krieg als Sünde betrachten, nicht mehr in den Krieg ziehen...“

Allein die aufgeklärten Friedensfreunde denken nicht daran, dieses Mittel vorzuschlagen, ganz im Gegenteil, sie können es nicht ertragen, wenn es auch nur erwähnt wird, und so oft man davon spricht, tun sie als würden sie es nicht verstehen. Es heißt: Missverständnisse zwischen den Regierungen würden durch Gerichtshöfe oder ein Schiedsgericht bereinigt. Aber die Regierungen wollen ja gar keine Bereinigung der Missverständnisse; im Gegenteil, die Regierungen erfinden Missverständnisse, wenn es keine gibt, denn nur Missverständnisse mit anderen Regierungen liefern ihnen einen Vorwand, die Armee zu unterhalten, auf der ihre Macht beruht... Die Regierungen können und müssen die Kriegsdienstverweigerer fürchten und fürchten sie auch, denn jede Verweigerung erschüttert die Wirksamkeit der Lüge, mit der die Regierungen die Bevölkerung täuschen; die Kriegsdienstverweigerer dagegen haben nicht den geringsten Grund, eine Regierung zu fürchten, die von ihnen Verbrechen fordert.“

Es sind vor allem drei Rechtfertigungsgründe, die in unserer Zeit genutzt werden, Rüstung und Militär zu legitimieren und Kriegseinsätze der Bundeswehr in aller Welt zu rechtfertigen:

a. Die Verantwortung

Die von Politikern unserer Zeit geforderte größere Wahrnehmung einer weltweiten Verantwortung durch den Einsatz von Militär verschleiert die Unverantwortlichkeit der dahinter stehenden Politik: Wirklich verantwortlich sind wir im privaten wie auch politischen Bereich zunächst für die Folgen des eigenen Tuns. Für Schäden, die ich bei anderen anrichte, muss ich einstehen. Das sieht sogar jeder meiner straffällig gewordenen Mandanten ein, nicht aber das Militär: Zivilpersonen und zivile Einrichtungen, die durch die Waffeneinwirkung ausländischer Truppen beschädigt wurden, haben bis heute keine Chance, ihren Schaden bei dem für den Einsatz verantwortlichen Staat einzuklagen.

Auch die waffenexportierenden Firmen übernehmen insoweit keine Haftung für ihre menschengefährdenden Produkte: ein explodierender Fernseher führt zur Schadensersatzpflicht des Herstellers, eine explodierende Granate nicht, zumindest wenn sie funktionsgerecht erst am Zielobjekt zerplatzt.

Zu den Folgen des eigenen Tuns gehören auch die Folgen wirtschaftlicher Ausbeutung und ungerechter Handelsbeziehungen. So ist gegen die Piraterie vor den Küsten Somalias eine ganze Kriegsflotte westlicher Staaten im Einsatz zum Schutz der Handelswege.

Nach ausdrücklicher Auftragserteilung schützen diese Schiffe aber nicht die somalischen Küstengewässer vor der völkerrechtswidrigen Überfischung durch fremde Fangflotten, die dadurch die wirtschaftliche Existenzgrundlage der einheimischen Fischer zerstören.

Das Militär greift also ein, wo uns durch die Folgen des eigenen Tuns selbst Schaden droht. Es werden Symptome des Unrechts bekämpft, nicht seine Ursachen.

Um die primäre Verantwortung für das eigene Tun zu übernehmen, bedarf es keiner Gewalt, sondern einer Änderung der Politik.

b. Das Recht

Nach Auffassung der Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland wird das Militär gerechtfertigt durch die zeitlich und räumlich unbegrenzte Notwendigkeit, das Recht im internationalen Maßstab durchzusetzen. Angeblich soll das Unrecht der Starken durch ein stärkeres Recht überwunden werden.

Wo aber das Recht mit einer überlegenen militärischen Gewalt durchgesetzt werden soll, siegt am Ende der Stärkere, nicht aber das Recht.

In Wirklichkeit ist das Recht dort am stärksten, wo es auf Einsicht beruht. (Nach Kant, „Zum ewigen Frieden“, ist dies sogar „einem Volk von Teufeln“ möglich, wenn sie nur Verstand haben).

Vermittelt wird die Einsicht in das Recht vor allem durch das Vorbild, im großen nicht anders wie im kleinen: solange z. B. die Atomkräfte entgegen der Vereinbarung im Atomwaffensperrvertrag nicht bereit sind, ihre Atomwaffen abzurüsten, dürfen sie sich nicht wundern, dass andere aufstrebende Staaten sich die gleichen Waffen anschaffen oder auf dem Weg dazu sind (Indien, Pakistan, Israel, Iran, Nordkorea etc.).

In diesem Sinne verbreitet jede, auch jede „erfolgreiche“ Intervention die Botschaft: rüstet euch, damit ihr morgen auch so stark seid wie die Sieger von heute (Kant: „Der Krieg ist darin schlimm, dass er mehr böse Leute macht, als er deren wegnimmt“).

Mit Interventionen dieser Art ist auch der Irrtum verbunden, die Ursachen von Unrecht und Gewalt lägen außerhalb von uns.

Mit Gewalt lässt sich allenfalls „mein Recht“ (d.h. der von mir vertretene Rechtsanspruch) durchsetzen, niemals aber die Gerechtigkeit.

c. Die Sicherheit

ist ein wichtiges menschliches Grundbedürfnis.

Bedroht ist sie aber am wenigsten durch Formen direkter Gewalt von außen als vielmehr durch die vielfältigen stillen Folgen der Ungerechtigkeit (Hunger, Elend, Ausgrenzung) sowie die hieraus manchmal entstehenden Formen direkter Gegengewalt (Revolution, Terrorismus).

Wo versucht wird, Sicherheit durch Gewalt in Form von Rüstung und Militär zu gewinnen, ist es nötig, die Eigendynamik der Gewalt in den Blick zu bekommen:

Gewaltsame Mittel zum Zweck der äußeren Sicherheit bedingen, dass man immer stärker sein muss als die andere Seite. „Stehende Heere“ haben aber auch dann, wenn sie zur Verteidigung gedacht sind, die Eigenschaft, von der anderen Seite als Bedrohung empfunden zu werden. Die darin begründete Rüstungsspirale war nicht nur 1914 eine der Ursachen für den Kriegsbeginn. Rüstung nährt daneben auch das Misstrauen. Wenn die eigene Sicherheit kausal auf die vorhandene Rüstung gestützt wird, hat die andere Seite gar keine Chancen, den Willen zum Frieden unter Beweis zu stellen. („Hätte uns die NATO nicht beschützt, wären die Russen gekommen.“)

Rüstung und Gewalt sind dominant. Sie verdrängen andere Methoden nicht nur im Denken sondern auch durch die vollendeten Tatsachen, die ein militärischer Eingriff bewirkt.

Es ist ein gerechter Frieden, der die Sicherheit der Menschen am besten gewährleistet.

Es gibt aber keinen Frieden auf dem Weg der bewaffneten Sicherheit (Bonhoeffer).

3. Der Glaube an die Gewalt

Rüstung ist unvernünftig und Krieg – wie Romain Rolland schrieb – die entfesselte Unvernunft. Trotzdem ist der Krieg in den Köpfen kaum durch rationale Argumente zu verbannen. Wie der amerikanische Theologe Walter Wink in seinem Lebenswerk dargelegt hat, besteht die vorherrschende Religion unserer Zeit im Glauben an die erlösende Kraft der Gewalt. Nicht Gott und seine Gebote, sondern die Gewalt, sind „ultima ratio“, auch in den Friedensdenkschriften der großen Kirchen.

Die Überwindung dieses Glaubens bedarf einer ausdrücklichen Absage an Geist und Praxis der militärischen Rüstung, die Bereitschaft, einseitig mit dem zu beginnen, was wir als Recht erkennen.

Um den Krieg abzuschaffen müssen wir mehr abschaffen als den Krieg.

II. Den Frieden entwickeln

1. Der Krieg lässt sich nicht isoliert von seinen Ursachen abschaffen. Selbst wenn alle Kriegswaffen beseitigt wären, könnten diese jederzeit wieder hergestellt werden. Mord, selbst Völkermord, ist überdies auch ohne Kriegswaffen möglich (Ruanda). Nur indem wir den Frieden entwickeln, überwinden wir den Krieg.
2. Frieden entwickeln heißt vor allem, Gerechtigkeit schaffen. In seiner Schrift „Was sollen wir denn tun?“ beschreibt Leo Tolstoi einen Besuch im Nachtsytl Moskaus, einer Unterkunft für obdachlose Menschen. Bei dieser Begegnung gibt er einem der dort auf Einlass Wartenden Geld, andere kommen hinzu mit der gleichen Not, auch ihnen gibt er etwas. Zum Schluss wird er von der Menge fast erdrückt. Beim 5-Gänge-Abendessen in seiner Moskauer Wohnung kommt ihm die Einsicht, dass er als Antwort auf das erlebte Elend seinen Reichtum aufgeben muss. Es geht nicht darum, Almosen zu verteilen, sondern Gerechtigkeit herzustellen. Der Einwand „ich kann doch nicht der ganzen Welt helfen“, kommt typischerweise nur von dem Reichen. Ein Armer würde das gleiche nie sagen. Insofern ist dieser Ausspruch immer ein Zeichen dafür, dass die Strukturen nicht stimmen.
3. Die Entwicklung des Friedens auf dem Weg der Gerechtigkeit bedarf eines anderen Zeit- u. Handlungsrahmens als die Gewalt. Das Wachsen der Saat ist etwas anderes als der Einsatz eines Maschinengewehrs. Das schließt Situationen der Ohnmacht ein. Wenn wir uns die Zeit nehmen, die wir brauchen, um mit gewaltfreien Methoden Frieden zu entwickeln, so heißt das nicht, dass uns das aktuelle Elend und die aktuellen Konflikte unberührt lassen. Es geht hier lediglich um

die Anerkennung der eigenen Grenzen und darum, der Versuchung einer vermeintlichen Abkürzung des Weges durch den Einsatz von Gewalt zu widerstehen.

Sich die Zeit nehmen schließt nicht aus, sofort mit dem, was nötig ist, zu beginnen und mit ganzer Kraft daran zu arbeiten.

In der Bearbeitung der uns gestellten Aufgaben gelten auch nicht die zeitlichen Rahmen einer Wahlperiode oder einer Kampagne; meine Zeit ist die Lebenszeit.

4. Die Arbeit am Frieden ist vielfältig.

Die Struktur des Versöhnungsbundes ist mir ein Zeichen dafür, wie Frieden geschaffen wird: gemeinsam ist uns allen das Lassen (der Beteiligung an Unrecht und Gewalt); das aktive Tun ist dagegen beeindruckend vielfältig und breit wie die vielfältigen Facetten, die zu einer gerechten Gesellschaft gehören (die Heilung mitmenschlicher Beziehungen, Unterstützung von Flüchtlingen, Begleitung von Straftätern und Rehabilitierung ihrer Opfer, Gründung von „Lebenshäusern“ und „Häusern der Gastfreundschaft“, Erziehung zum Frieden, Aktionen gegen Rüstungsexport und Truppenübungsplätze, Einsatz für Klimagerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung und vieles mehr).

Das was nötig ist, kann niemand alleine tun; wir ergänzen uns.

IV. Die Wahrheit

Die Wahrheit ist vielleicht unser wichtigstes Werkzeug sowohl bei der Abschaffung des Krieges als auch der Entwicklung des Friedens.

Jeder Krieg beginnt mit einer Lüge (und jeder Nationalstaat mit einem Irrtum: der Abgrenzung von uns, den Guten, von den anderen, den Schlechteren).

Der verbale und auch nonverbale Ausdruck der Wahrheit ist in solchen Situationen die wichtigste Form des Widerstandes (Vaclav Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben).

Die Wahrheit braucht eine klare Sprache.

Das Kind in Andersens Märchen sagt nicht „der Kaiser sollte mal seine Kleidung wechseln“ sondern sagt „der Kaiser ist nackt“.

Wahr ist, dass wir unsere Ziele nur in vielen kleinen Schritten erreichen; auf diesem Weg dürfen wir aber um der Wahrheit willen in den wesentlichen Fragen keine Kompromisse eingehen (z.B. „Atomkonsens“).

Das schließt nicht aus, in vielen Nebensächlichkeiten nachzugeben. Auch das kann jedoch einseitig geschehen und setzt keinen Kompromiss voraus.

Wahr ist, die eigenen Grenzen zu erkennen und ernst zu nehmen. Wir wissen nicht alles besser und müssen deshalb oft auf schnelle Erklärungen zu aktuellen Konflikten verzichten.

Was wir aber können ist, für die Opfer der Konflikte und diejenigen, die unbewaffnet sind und auch auf bewaffneten Schutz verzichten wollen, Partei zu ergreifen.

Während des libanesischen Bürgerkrieges von 1980 – 1985 vertrat ich eine Asylbewerberin aus diesem Land, die ich wie immer fragte, zu welcher Gruppe sie

gehöre (Sunniten, Schiiten, Christen, Drusen, Palästinenser etc.). Sie antwortete, „welche Gruppe“ – es gibt nur zwei; die Bewaffneten und die Unbewaffneten“.

Aus der griechischen Literatur der Vorsokratiker ist ein Spruch bekannt: „Der Fuchs weiß viele Dinge, aber der Igel weiß eine große Sache“. Auf uns gemünzt verstehe ich das so, dass wir viele Einzelheiten der zwischenstaatlichen und zwischenmenschlichen Konflikte nicht wissen. Wir wissen aber um die Übereinstimmung von Weg und Ziel und darum, dass die Gerechtigkeit das Ergebnis einer gemeinsamen Suche aller Beteiligten sein wird.

gez. Ullrich Hahn